

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

512 (3.11.1921) Mittagausgabe

Bezugs-Preise: In Karlsruhe: Im Verlage...

Einzelnummer 3. Pfennig. Die Abgabe...

Badische Presse

Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Elster-Rundschau / Feld u. Garten / Kasse- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Verleger: Carl Winter...

Redaktion: Dr. Kurt Weigert...

Geschäftsstelle: Nr. 88...

Druck: Carl Winter...

Die Regierungsumbildung in Preußen und im Reich.

Was geht vor?

Dr. M. Berlin, 3. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Wie das preussische Rechenexempel...

Jedenfalls halten sie offiziell an dem Zusammenarbeiten mit dem Zentrum...

Stegerwald beim Reichskanzler.

1. Berlin, 3. Nov. Die „Völkische Zeitung“ berichtet: Der Reichspräsident hat heute mittig den Ministerpräsidenten Stegerwald empfangen.

Die Beratungen der Fraktionen.

III. Berlin, 3. Nov. (Drahtbericht.) Die Sitzungen der preussischen Landtagsfraktionen sind größtenteils heute auf 10 Uhr angelegt.

IV. Berlin, 2. Nov. Heute Abend trifft Landtagspräsident Veimet aus Hannover hier ein, um die Verhandlungen über die neue Kabinettsbildung zu leiten.

V. Lubwigshafen, 3. Nov. Die Höhe der Geldpenden für die Beschäftigten von Luppau wird auf etwa 8 Millionen Mark geschätzt.

Die Vervollständigung des Kabinetts Wirth.

Dr. M. Berlin, 3. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Mit der Rückkehr von seiner badischen Wahlreise wird Reichsminister Dr. Wirth seine Verusche zur Vervollständigung seiner Regierung wieder in Angriff nehmen müssen.

Heute Zusammentritt des Reichstages.

II. Berlin, 2. Nov. (Drahtbericht.) Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, ist der Reichstag auf heute nachmittags 3 Uhr einberufen.

Die Ausführung des Wiesbadener Abkommens.

III. Paris, 2. Nov. (Drahtbericht.) Die von den französischen Gewerkschaften eingesetzte Kommission von Vertretern deutscher Arbeiter und technischer Verbände hat sich dieser Tage in das zerstörte Gebiet begeben.

J. Paris, 3. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Der Wiederaufbauminister Loucheur empfing heute eine Abordnung sowohl der deutschen als auch der französischen Techniker.

Die Furcht vor dem deutschen Heer.

J. Paris, 3. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Der frühere Kriegsminister Lefèvre nimmt im „Journal“ seine Sehne gegen Deutschland wieder auf.

Das Programm von Washington.

III. Paris, 3. Nov. Nach einer Blättermeldung aus Washington schreibt die offizielle Washingtoner „Post“, jede Diskussion über die Einschränkung der Rüstungen zur See sei unmöglich.

III. London, 3. Nov. Balfour und die anderen Mitglieder der britischen Delegation für die Washingtoner Konferenz, darunter Lord Curzon, sind heute vormittags nach Washington abgereist.

Das ungarische Kompromiß.

Karls Internierung auf Madeira beschlossen.

Dr. N. Wien, 2. November. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die Entente-mächte haben nunmehr endgültig beschlossen, Erzherzog Karl auf Madeira zu internieren.

Botshafterrat und Ungarn.

J. Paris, 3. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die Botshafterkonferenz beschloß in ihrer heutigen Sitzung, die ungarische Regierung einzuladen, die Abschlusserklärung für alle Habsburger bis zum 7. November auszusprechen.

Das ungarische Abdankungsgebet.

III. Budapest, 2. Nov. In der heutigen Sitzung der Partei der kleinen Landwirte hielt Ministerpräsident Beiszen eine Rede, in welcher er mitteilte, daß er morgen der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorlegen werde.

Ein tschechisch-polnisches Militärabkommen.

III. Wien, 2. Nov. „Prager Post“ meldet aus Warschau: Der Außenminister Strumot hat im parlamentarischen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärt, der einstweilige polnisch-tschechisch-polnisches Handelsvertrag sei bereits unterschrieben.

Die Deutsch-amerikanischen Beziehungen.

II. Berlin, 2. Nov. (Drahtbericht.) Legationsrat von Fehrmann wollte vorgestern bereits nach den Vereinigten Staaten abreisen, um mit seinem Stabe von deutschen Mitarbeitern die Geschäfte der deutschen Botschaft als Geschäftsträger zu übernehmen.

Japan und Amerika.

V. Basel, 21. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die japanische Regierung teilte der amerikanischen mit, daß sie bereit sei, die Befehlstruppen aus der nördlichen Hälfte der Insel Sachalin zurückzuführen.

Die Deutlich-amerikanischen Beziehungen.

III. London, 2. Nov. „Daily Chronicle“ berichtet, daß Lord George seinen Platz auf der „Aquitania“, die am Samstag nach Amerika fährt, abbestellt habe.

Die Frage der russischen Staats-schulden.

(Von unserem Rigaer Vertreter.)

OE. Riga, Ende Oktober.
Rusland war von jeher das Land der unbegrenzten Möglichkeiten und Ueberraschungen. Und mancher, der die neueste Note der Sowjetregierung über die teilweise und bedingte Anerkennung der russischen Staatsschulden liest, wird diesen Schritt Moskaus als einen unerwarteten Widerspruch gegen den allgemeinen Grundcharakter der Sowjetpolitik empfinden. Wer aber diese Politik im letzten halben Jahre mit aufmerksamen Augen verfolgte, wird die Note nur als den notwendigen Schlussstein in jener Brücke ansehen, die die Sowjetregierung zu ihren nahen und entfernteren Nachbarn zu schlagen sich bemüht.

Die neue Politik der Sowjetregierung, die, wie Lenin soeben in einer bemerkenswerten Rede gesagt hat, darin so neu ist, daß sie sehr viel Altes, d. h. Vorkommunistisches enthält, ist ganz auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau eingestellt. Rückhaltlos hat Lenin dabei die Erkenntnis ausgesprochen, daß die Sowjetregierung dem Untergang geweiht ist, wenn dieser Wiederaufbau nicht gelingt. Lenin war es von vornherein klar, daß die wirtschaftliche Wiedergeburt Russlands ohne Beihilfe des Auslandes, ohne das ausländische Kapital und die ausländische Technik gänzlich unmöglich ist. Folgerichtig war denn auch die Sowjetpolitik auf die Anknüpfung fester Beziehungen zum Ausland eingestellt, und sie erreichte in Kürze greifbare Resultate; die Handelsverträge mit England und Deutschland waren das erste Ergebnis; es folgte ein Vertrag mit Norwegen; die Verhandlungen mit Italien gehen ihrem positiven Ende entgegen; Schweden hat vor kurzem selber den Vorschlag zu Verhandlungen gemacht; und für die baltischen Randstaaten ist der Handel mit Russland und der Transit dorthin trotz mancher Reibereien eine existenzbedingende Angelegenheit.

Dennoch zeigten sich die Großmächte Amerika, Japan und Frankreich lange Zeit zu feinerlei Verhandlungen bereit. Aber auch hier ist unlängst eine Aenderung eingetreten, seitdem Japan mit der Sowjetrepublik des Fernen Ostens in Dairen zu einer Konferenz zusammentrat und Amerika sowohl selbst Handelsvertreter nach Sibirien entsandte, als auch einer sibirischen Handelsdelegation die Einreise nach Amerika gestattete. Sowjetrußland spielt dabei im Fernen Osten in der geschicktesten Weise die beiden großen Konkurrenzstaaten Japan und Amerika gegeneinander aus.

So schien nur Frankreich in seiner völlig ablehnenden Haltung zu verharren. Aber auch hier gab Moskau die Hoffnung nicht auf. Schon im September hatte Krassin auf einer Verkehrs-konferenz in Moskau gesagt, selbst im unvorstellbaren Frankreich werde schließlich die Meinung durchdringen, daß die Gewährung einer Anleihe an Sowjetrußland das einzige Mittel sei, um das früher geborgte Geld zurückzuerhalten. Allein diese erste Andeutung geplanter Zugeständnisse blieb unbeachtet, und der sowjetrussische Vertreter in Italien mußte mit Bedauern feststellen, daß französische Einflüsse in Italien gegen den Handelsvertrag mit Rom arbeiteten und daß die alliierten Mächte einer Anregung Sowjetrußlands, auf einer gemeinsamen Konferenz die Rechte ausländischer Staatsbürger auf ihren Besitz in Sowjetrußland zu regeln, keine genügende Beachtung geschenkt hätten. Im Gegenteil: sogar in der humanitären Angelegenheit der Hungerhilfe machte Frankreich — und neuerdings in Brüssel auch England — die Gewährung von Krediten an Russland von der Anerkennung der alten russischen Staatsschulden abhängig.

Sowjetrußland braucht die ausländischen Werkzeuge und Maschinen, und die zurückgebliebene Industrie und Landwirtschaft ist auf die Fortschritte der abendländischen Technik angewiesen. Nicht zum mindesten ist die Gewährung von Krediten an Russland von der Anerkennung der alten russischen Staatsschulden abhängig. Sowjetrußland braucht die ausländischen Werkzeuge und Maschinen, und die zurückgebliebene Industrie und Landwirtschaft ist auf die Fortschritte der abendländischen Technik angewiesen. Nicht zum mindesten ist die Gewährung von Krediten an Russland von der Anerkennung der alten russischen Staatsschulden abhängig.

Man darf aber nicht außer Acht lassen, daß es sich bei dieser bedingten Anerkennung der Schulden zunächst weniger um eine greifbare Tatsache handelt, als um einen Schritt von prinzipieller Bedeutung, um eine Geste, die wohl auch als Propagandamittel dienen soll. Zahlen kann Russland im Augenblick nicht, es braucht vielmehr selber neue Kredite und ist sich darüber klar, daß es diese nur erhalten kann, wenn es die alten Schulden anerkennt.

Die Sowjetregierung macht die Anerkennung der russischen Staatsschulden (und zwar nur bis zum Jahre 1914) von mehreren Bedingungen abhängig. Vor allem müssen die interventionistischen Pläne gegen Sowjetrußland aufhören; das hatte schon Krassin in seiner oben erwähnten Rede als erste Vorbedingung für die Schuldenanerkennung angeführt und dabei besonders auf Finnland, Polen und Rumänien hingewiesen. Gleichzeitig aber hatte er (und die neue Note tut desgleichen) Erleichterungen in der Bezahlung der Schulden verlangt; es sei lächerlich, meinte Krassin, den vollen Betrag

der alten Schulden anzuerkennen, während die russischen Schuldscheine an der Pariser Börse mit 15 Proz. notiert würden. Diese Auffassung und die Tatsache, daß die Sowjetregierung nur die Vorkriegsschulden anerkennen will, dürften jedenfalls auf festigen Widerstand stoßen. Auch gegen die andere Bedingung der Sowjetregierung, gegen ihre Anerkennung de jure durch die Mächte, dürften sich nicht weniger schwere Bedenken erheben, wenn auch eine Anerkennung de facto durch verschiedene Staaten schon vorhergegangen ist.

Die Sowjetregierung schlägt in ihrer Note gleichzeitig auch eine praktische Maßregel, die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Lösung aller dieser Fragen vor. Es ist fraglich, ob diese Anregung alsbald praktische Folgen zeitigen wird; möglich, daß sie zunächst nur zu einem Meinungsaustausch über die vorerst noch weit auseinanderliegenden Auffassungen führt. Es liegt auf der Hand, wenn es auch nicht ausgesprochen wird, daß die vor der Tür stehende Eröffnung der Washingtoner Konferenz einen willkommenen Anlaß für die Sowjetregierung bot, die von ihr angeregten Fragen vor das Forum dieser Versammlung zu bringen und dadurch wieder in das internationale diplomatische Leben einzutreten, wo Russland seit 1917 gefehlt hat. Die Fragen des Fernen Ostens, die hier zur Beratung kommen sollen, berühren das Interesse Russlands stark.

Daß die Note der Sowjetregierung nur an die Ententemächte gerichtet ist, erklärt sich anscheinend dadurch, daß Sowjetrußland sich Deutschland gegenüber durch die Aufhebung des Brester Friedens aller Verpflichtungen für ledig hält. Es wird notwendig sein, die berechtigten Ansprüche Deutschlands zu wahren und das internationale Gewicht, welches Deutschland naturgemäß bei der Regelung dieser Weltprobleme zukommt, entsprechend zur Geltung zu bringen. Die Sowjetpolitik ist sich darüber im Klaren, eine wie wesentliche Rolle Deutschland beim Wiederaufbau Russlands spielen muß, und man kann überzeugt sein, daß wenn es zu diesem Wiederaufbau kommt, der deutsche Handel, die deutsche Industrie und die deutsche Arbeitskraft nicht unbeteiligt bleiben können, weil sie dabei unentbehrlich sind.

Englands Antwort.

WB. London, 3. Nov. Die britische Regierung hat gestern eine lange Antwort auf die Sowjetnote, in der sich die Bolschewisten bereit erklären, die Vorkriegsschulden Russlands anzuerkennen, nach Moskau geschickt. Die britische Note erhebt um Klärung zahlreicher Punkte. Die Sowjetnote nimmt zum Beispiel Bezug auf die zaristischen Schulden, an denen Frankreich außerordentlich interessiert ist, erwähnt jedoch nicht die richtigen Forderungen aus rüchlichen Anleihen, an denen das englische Kapital in sehr hohem Maße beteiligt ist.

Bevorstehende Kartoffelrevolten.

U. Halle, 3. Nov. (Drahtbericht.) Aus Anlaß der Kartoffelnot erläßt Oberpräsident Höning einen Aufruf: Mit allen Mitteln muß dahin gestrebt werden, daß möglichst schnell und in genügender Menge Kartoffeln der verbrauchenden Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden, wenn ernste Unruhen und gewaltsame Ausschreitungen seitens der verheerenden gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung vermieden werden sollen.

Ueber die Möglichkeit bevorstehender Unruhen liegen hier Nachrichten vor: In Eisenlehn und in anderen Ortschaften wurden Hausungen nach Waffen vorgenommen und eine große Anzahl von Kommunisten verhaftet. — In Halle wurde ein rotes Flugblatt verteilt, in welchem sich Unbekannte mit dem am 13. Oktober auf das Verwaltungsgebäude des Bruder- und Liebhaber Bergbauvereins ausgeübten Raubüberfall brüsten, bei dem ihnen 101 530 Mark in die Hände gefallen sind. Da dieser Betrag mit der tatsächlich geraubten Summe übereinstimmt, ist anzunehmen, daß die Verfaller des Flugblattes mit den Räubern identisch sind. Diese Klagen auf auch diese den kapitalistischen Verbredern genommene Summe nur eine Kleinigkeit sei und daß man sich in nächster Zukunft größere Beträge holen würde.

f. Berlin, 3. Nov. Nach einer Meldung des „Berl. Lokal-Anz.“ aus Wanne veranstalteten 10—15 000 Bergarbeiter der Zechen in Wanne, Eidel und Bröhlindahl bei dem Amtshause eine Demonstration gegen die hohen Kartoffelpreise. Die Führer ließen keinen Zweifel darüber, daß sie, falls nicht Abhilfe geschaffen würde, jede Verantwortung ablehnen müßten.

Entküllungen im sächsischen Landtage.

U. Dresden, 3. Nov. (Drahtbericht.) Bei Eröffnung der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtages verlas der Präsident Krüger unter verschiedenen Zusicherungen und großer Bewegung des Hauses eine Erklärung, in der er gegen die widerrechtliche Zuweisung Oberlehens an Polen protestierte. — Vor Eingang in die Tagesordnung gab Johann Minister Lipinski eine Erklärung ab, in der er dem Hause Mitteilung machte, daß ihm nach der Ermordung des Hg. Erzberger zur Kenntnis gebracht worden sei, in Sachsen habe eine Geheimorganisation ihr Lager aufgeschlagen. Eine auf Veranlassung der Regierung veranstaltete Hausung habe zur Verhaftung der Majors a. D. Schneider und des Leiters einer Selbstschutzzorganisation für Dörschen geführt. Weiter habe die Hausung Material zu Tage gefördert, das auf die Spur der Gebrüder von Stein führte. Geldegeber der Gebr. von Stein, die nichts weiter als die Nachfolger der Orgel sein, wäre der Finanzausschuß der sächsischen Industrie und die Liga zum Schutz der deutschen Kultur, die mit den Gebr. von Stein Hand in Hand arbeiteten. Die Gelder der Gebr. von Stein in Höhe von 700 000 Mark seien beschlagnahmt worden. Festgestellt sei weiter, daß die Gebr. von Stein Waffenlager in Sachsen ansetzten; die Hausungen hätten ergeben, daß die in München aufgestellte nationale Armeebrigade Erhardt auch in Leipzig eine Brigade unterhält. Die Befragung aller Beteiligten

werde herbeigeführt. — Nach Eintritt in die Tagesordnung war es dem ersten Referenten unmöglich, sich in dem ungeheuren Lärm verständlich zu machen; Pultedel wurden dauernd zugeschlagen und die Jurys setzten sich lange fort. — Der Antrag der Kommunisten, die Erklärung des Landtagspräsidenten zur Aussprache zu bringen, ist angenommen worden.

Der Anschlag auf Auer.

mk. München, 2. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die bisherigen polizeilichen Untersuchungen in Sachen des Attentats auf den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Auer haben noch kein Ergebnis zeitigt. Die im Laufe des Sonntags und Montags von der Polizeidirektion vorgenommenen Verhaftungen in München sind am Montag abend auf Grund der gepflogenen Verhandlungen wieder rückgängig gemacht worden. Die Angelegenheit scheint damit auf einem toten Punkt angelangt zu sein.

Presspropaganda gegen Deutschland.

mk. München, 2. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die demokratische Fraktion hat im bayerischen Landtag eine kurze Anfrage eingebracht, die sich auf die Tatsache bezieht, daß seit Jahr und Tag sich in Deutschland herumtreibende Berichterstatter und Agenten deutschfeindlicher ausländischer Zeitungen die tollsten Unwahrheiten über Bayern und Deutschland verbreiten. Es wird angefragt, welche Mittel und Wege der Staatsregierung gemeinsam mit der Reichsregierung offen stehen, diesem schändlichen und gefährlichen Treiben zu begegnen, und was sie zu tun vermögen, um aufläuternd auf die öffentliche Meinung des Auslandes einzuwirken. Es wird weiter angefragt, ob sie in der Lage sei, das Ausmaß der diplomatischen Vertreter der ehemals neutralen Staaten auf den Verleumdungskrieg zu richten, der gegen Deutschland geführt werde.

Eröffnung des Aschaffenburg Mainhafens.

mk. München, 2. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Morgen findet in Aschaffenburg die feierliche Eröffnung des Mainhafens statt, der der bayer. Ministerpräsident Graf Lerchenfeld anwohnen wird. Ursprünglich war beabsichtigt, daran die geplante Inspektionsreise des Ministerpräsidenten durch Unterzanken Besichtigung des Hafens, die am Samstag hier stattfindet, aufzugeben werden. Der Ministerpräsident wird auf seiner Rückreise nur Würzburg berühren.

Die Mörder Dato.

WB. Berlin, 2. Nov. Die B. Z. am M. meldet: Infolge der Erzeugung der zwei Mörder des ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Dato durch die Berliner Polizei, wofür die spanische Botschaft dem Berliner Polizeipräsidenten ihren Dank ausspricht, wird der größte Teil der von der spanischen Regierung ausgesetzten Belohnung von einer Million Pesetas, nach heutigem Kurs 24 Millionen Mark, nach Berlin fallen. Bei den festgenommenen handelt es sich um das Ehepaar Luis Nicolas Fort und Lucia Soledad Fort. Infolge der vorzeitigen Veröffentlichung über ihre Erzeugung ist der vierte Mörder, Colanellas, der hier erwartet wurde, nicht nach Berlin gekommen. Der dritte Mörder ist bereits seinerzeit in Madrid festgenommen worden.

Deutsche Kriegerehrung in Paris.

U. Paris, 3. Nov. (Drahtbericht.) Auf den Pariser Friedhöfen sind am Allerheiligen-Tage die Gräber der deutschen Soldaten, die am großen Kriege teilnahmen, von lieber deutscher Hand mit Blumen geschmückt worden. Am Allerheiligentage fand sich auf dem Friedhof von Jory eine kleine Gemeinde zu einer stillen, schlichten Gedächtnisfeier vor der marmornen Gedächtnisplatte, zu deren Füßen der Deutsche Volksheld zu Ehren der großen Armee der Deutschen, die im Weltkrieg gestorben und fern der Heimat in französischer Erde zur letzten Ruhe gebettet sind, im Namen der deutschen Regierung und des Deutschen Reiches einen Kranz niederlegte. Es war unter einem trüben grauen Himmel, dessen Regenschauer schwermütig auf den Gräbern lagerte, als sich der Volksheld mit seiner Gemahlin, der Volksheldin von Hoersch, die übrigen Herren der Botschaft, die Herren der Kriegslastenkommission mit dem stellvertretenden Vorsitzenden von Origen, ferner Erzengel Johannes als Staatsvertreter bei dem gemischten deutsch-französischen Schiedsgericht, umgeben von Damen und Herren der Pariser deutschen Kolonie vor dem schwebenden Grabkreuz versammelten. „Der Wind, der uns über die Friedhöfe hinweg weht, erhebe unsere Stimmen“, sprach der Volksheld, „erfüllt uns mit unsagbarer Dankbarkeit und Bewunderung und wird unvergänglich bleiben. Deutschland wird trotz seines Unglücks und seiner Not seine Soldaten und ihre Taten nicht vergessen!“

CURAO ANISETTE BOLS
CHERRY BRANDY BOLS GIN
Zweigfabrik u. Zentrale für Deutschland
Emmerich a. Rh.
General-Vertretung: **Otto Büschges**
Wiesbaden: Bllowstraße 2. A1823

Der Sternhimmel im November.

Die bald einbrechende Dunkelheit erlaubt ein ausgiebigeres Beobachten des gestirnten Abendhimmels. Am westlichen Himmel nehmen die „Sonnensternbilder“ Herkules, Drachhüter und Krone für längere Zeit von uns Abschied, im Südwesten stehen die Leier mit der hellen Vega, der Adler, der Delphin und der Schiffe, westlich vom Scheitelpunkt das Kreuz des Schwans, nördlich Cepheus. Tief im Süden finden wir den Steinbock und den Wassermann, darüber den Pegasus, an diesem ostwärts angelegte das schlangenschwangene Band der Andromeda; über dem dritten der vier hellen Sterne (von Süden her gezählt) stehen 2 schwache Sternchen, rechts oben vom obersten ist eine mattleuchtende Wolke sichtbar: der bekannte Andromedanebel. Fortwärts von der Andromeda steht die Kassiopeia, südlich von der Andromeda finden wir den Widder, die Fische und den Walfisch. Der sauerperiodische veränderliche Mira in diesem Sternbild ist zur Zeit für die schiele Auge unsichtbar, da er sich seinem Helligkeitsminimum nähert. Folgen wir dem Lauf der Milchstraße von Kassiopeia aus nach Nordosten, so stehen wir auf einem nebligen Flecken, den schon ein Fernrohr in zwei prächtige Sternhaufen auflösen vermag; ist es der Doppelsternhaufen, der zu dem nahen Sternbild der Perseus gehört. Nahe, der in etwa 2 1/2 Tagen veränderliche Stern im Perseus, läßt sich jetzt wieder gut beobachten. Südlich vom Perseus die Plejaden und der Stier mit dem rötlich-funkelnden Aldebaran, später gegen Abend erheben sich die Zwillinge mit den Hauptsternen Kastor und Pollux und das allen bekannte „Winksternbild“, der Orion, über den Osthorizont. Unterhalb des Polsterns steht über dem Nordhorizont der große Käse.

Von Planeten steht am Abendhimmel nur Uranus, der, dem freien Auge unsichtbar wegen seiner großen Entfernung und dadurch bedingten Lichtschwäche, von Refraktoren eines kleinen Fernrohrs 1 1/2 Grad nordöstlich vom Stern Sigma des Wassermanns bei stärkerer Vergrößerung als kleine Scheibe von 3 1/2 Bogensekunden Durchmesser gefunden werden kann. Alle dem freien Auge zugänglichen Planeten finden sich am Morgenhimmel. Dort bieten sie aber auch ein prächtiges Schauspiel! Auerst (etwa 1/4 Uhr) geht der rötliche Mars auf, ihm folgt Saturn, bald darauf Jupiter, um 6 Uhr etwa Venus und endlich in der zweiten Monatshälfte Merkur, der am 16. seine größte

westliche Entfernung von der Sonne erreicht. Auch eine sehr interessante Planetenkonjunktion steht bevor: am 27. geht Mars nur 10 Bogenminuten (1/3 Monddurchmesser) nördlich von Jupiter vorbei, nachdem er schon am 14. 1 Grad nördlich von Saturn gestanden hat. Der Mond zeigt am 7. sein erstes Viertel, am 15. ist Vollmond, am 22. letztes Viertel und am 29. Neumond. Die Sonne wandert weiter südwärts vom Äquator, entsprechend nimmt auch die Tagesdauer ab. Sonnenaufgang am 1. und 30. um 7 Uhr 11 Min. und 7 Uhr 59 Min. Bahnzeit, Untergang um 5 Uhr 8 Min. und 4 Uhr 35 Min. Dauer der Tageshelle am 1. 11 Stunden 40 Min., am 31. nur noch 10 1/2 Stunden.

Aus dem Karlsruher Kunstleben.

Klavierabend Willy Hüfner.
Es sind immer dieselben Vortragswerke, die in den Konzerten mit gutem oder schlechtem Gelingen gespielt werden. Die meisten unserer gegenwärtigen Pianisten lernen mit wahrem Bienenfleiß drei größere oder doppelt so viel kleinere Stücke der klassischen Literatur auswendig und stehen damit von Stadt zu Stadt. So kommt es, daß man den Schöpfungen lebender Tonichter nicht oder kaum begegnet. An der Einigung des Repertoires ist das Unwünschteste schuldig, diese ungeliebte Mode, der aber alles Abwendige abgestreift ist, weil sie zu den täglichen Übungen gehört. Gedächtnisstück ist nicht die Voraussetzung des Musizierens, sondern Talent. Wir haben an einem der letzten Klavierabende die peinliche Situation erlebt, daß die Ausübende ihr Spiel hilflos unterbrechen mußte und zum rettenden Notenblatt griff.
Zu solchen Gedanken, die ein Wahnsinn auf unsere Künstler und die Stätten ihrer Ausbildung sein wollen, gab das Programm des jungen Willy Hüfner Anlaß. Die Variationen und Fuge über ein Thema von Handel von Johannes Brahms haben wir in den letzten Wochen wiederholt, und die drei Stücke von Fr. Chopin, die Fantasia in F-Moll, in Des-Dur des Nocturne und die As-Dur-Polonaise bis zum Ueberdruß gehört. Größere Anteilnahme verdient die letztere gebotene Sonate in A-dur von Franz Schubert. Seine Technik ist hochentwickelt, nur die unheilbare Treffsicherheit hat sich noch nicht eingestellt, was aus seiner ersten Gabe ersichtlich wurde. Sein Spiel zeugt von gutem Geschmaack, krasser Rhythmus

und Durchgeistigung; es offenbart eine von starkem Temperament getragene Gestaltung, die zu großen Hoffnungen Anlaß gibt. Willy Hüfner war Bauer-Schüler. Man wird diesem Talent, dem die letzte Entfaltung bevorsteht, gerne wieder begegnen.

Vortrag Heinrich Berl: Rabindranath Tagore der D. nter.

Der zweite Vortrag behandelte Tagore den Denker. Berl versuchte den Denker von dem Dichter loszuschälen, was keine Kleinigkeit war bei dem innigen Verwachsenen der beiden Elemente in Tagore. Als zentralstes Erlebnis zeichnete er des Dichters unerschütterliches Bekenntnis zur Freude. Freude sieht er in allen Dingen, in Leben und Tod, in Lust und Schmerz — also in allen Gegenständen des Daseins, nicht nur in den Einseitigkeiten. Es ist Berl gelungen, diese Zentralinstanz in Tagores Werken bloßzulegen und eindringlich zu umschreiben. Er sah hier auch das stärkste Äquivalent zu Goethe. Weiterhin zeichnete er Tagores Verhältnis zu dem Buddhismus und ermahnte, daß Tagore über die Negation des Buddhismus hinausgewachsen ist zur absoluten Bejahung, die er andererseits aus den Upanishaden („Sadhana“) geschöpft habe. Tagore sieht im Buddhismus, wie in allen pessimistischen Religionen, Symptome des Verfalls, und nur in der schrankenlosen Bejahung des Seins sieht er Merkmale des aufsteigenden Lebens. Diese Tatsache ist für uns Abendländer außerordentlich wichtig. Denn sie beweist uns, daß wir aus dem Morgenlande nicht nur Zeichen der mühen Weisheit zu sehen haben, sondern auch lebendige Zustände und bejahende Kraft. Als letzte und tiefste Wurzel nannte Berl Tagores *Mulika* i. t. Tagore erlebt die Welt als Musik. Seine Werke sind überall von ihr durchströmt, selbst seine Bilder haben meist etwas Unplastisches im Vergleich. Tagores Abjage an den Nationalismus erklärte Berl aus seinem Maß an England und Japan, wie er ja auch in dem gleichnamigen Bude auf sie besonders Bezug nimmt.

Das Resümee der beiden Vorträge gab Berl noch einmal dahin, daß Tagore der einzige repräsentative Typus des Morgenlandes sei, an dem man dessen Wesen erkennen könne. Er deutete die kulturpsychologischen Momente an und vor allen Dingen die Geschlossenheit für das Abendland, wenn es sich nicht verschließen wolle vor dem Problem des orientalischen Geistes. Auf breitere Ausführungen verzichtete er jedoch aus begründlichen Gründen.

Badische Chronik der Badischen Presse.

Donnerstag 3. November 1921.

Zur Neuregelung der Beamtenbefolgung.

Als vor einigen Monaten den Beamten erhöhte Bezüge bewilligt wurden, stand schon fest, daß jene Aktion nur die erste Etappe in der Neuregelung der Beamtenbefolgung und nur ein Schritt zur Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse der heute schwer ringenden Beamtenschaft sei. Wie wir schon mitgeteilt haben, fanden dieser Tage in Berlin Verhandlungen mit der Spitzenorganisation statt, in denen die Grundgehälter wesentlich erhöht und die Teuerungszulagen abgebaut wurden. Neu ist weiter die von allen Beamten geforderte Abschaffung der Staffelung der Teuerungszulagen und Kinderzulagen nach Ortsklassen. Der Teuerungszuschlag soll für alle Klassen einheitlich gewährt werden. Die Regierung soll, wie wir erfahren, denselben auf 20 Prozent festsetzen. Damit wäre ein Konfliktstoff aus der Welt geschafft, der nachgerade staatsgefährlich gewirkt hätte. Nun ist weiter die einheitliche Bemessung der Kinderzulagen, die nach den heutigen Sätzen etwas erhöht werden sollen. Die Sätze sind nur gestaffelt nach dem Alter der Kinder und zwar bis zum 6., bis zum 14. und vom 14. Lebensjahre an. Nach Äußerungen des badischen Finanzministers stand schon seit Wochen zu erwarten, daß die Neuregelung eine Verbesserung der Qualität der Arbeit bringen werde. Während im Frieden zwischen dem Gehalt der Unter- und der Oberbeamten eine 4-fache Spannung bestand, verringerten die letzten Gehaltsordnungen diese mit Rücksicht auf das Existenzminimum der Gehaltsempfänger in den unteren Klassen auf das 2½-fache. Die in wenigen Wochen zu verabschiedende Neuregelung sieht eine Spannung von etwa 3½-fachen vor. Die Reichsregierung war zu dieser Maßnahme gedrängt durch die Tatsache, daß und vor allem in den technischen Stellen wie bei den Eisenbahningenieuren die Gehälter im öffentlichen und Wirtschaftsleben fast alle Beamte aus dem Staatsdienst ausretten ließen. Wenn die Verwaltung überhaupt noch auf diese Beamte rechnen wollte, müßte sie die Gehälter in den oberen Klassen wesentlich erhöhen. Damit aber die Qualitätsarbeit allgemein mehr berücksichtigt werde, müßte die Spannung zwischen den Gehältern der Ober- und der Unterbeamten in der oben angedeuteten Weise vergrößert werden. So sind die Grundgehälter der Gruppe 13 etwa auf das 4-fache, der Gruppe 11 auf das 3-fache, der Gruppe 7 auf das 2,5-fache erhöht. Das heißt freilich nicht, daß die tatsächlichen Gehälter, die wirklichen Bezüge so viel erhöht seien. Es bedeutet lediglich eine Umwandlung der Teuerungszulagen in den Grundgehälter.

Die Ortszuschläge sind ebenfalls geändert. Aufgebaut sind sie auf den fünf bis heute bestehenden Ortsklassen. Es erscheint auch nicht die geringste Aussicht, daß diese verringert oder gar ganz aufgehoben würden. Sie würden dann auch praktisch eine geringe Wirkung haben, wenn die Spannung zwischen den Gehältern nur im Ortszuschlag begründet wäre, und wenn die Ortszuschläge nicht selber eine übergroße Spannung schafften. Das scheint aber bei der Neuregelung der Fall zu sein, denn der Unterschied in der niedersten Gruppe im Ortszuschlag soll 20 000 M., der in der höchsten gar 5 000 M. betragen. Berücksichtigt man dazu noch die vergrößerte Spannung zwischen den Grundgehältern, so erüht man, daß die Aufhebung der bisher schon unerträglichen Spannung nur etwas verschleiert wird. Es ist wohl die Kinderzulage gleich für alle, es ist wohl kein einheitlicher Hundstasch als Teuerungszuschlag in Aussicht gestellt. Aber 20 Proz. sind in der Wirkung nicht gleich bei den hochgepannten Grundgehältern und Ortszuschlägen. Und es ergibt sich die Tatsache, daß nach der Neuregelung, der Unterschied in der Gruppe 7 von E zu A im Endgehalt weiterhin 4800 M. beträgt, in der Gruppe 7 von E zu A im Endgehalt weiterhin 4800 M. beträgt, daß er in Gehaltsklasse VIII und in IX jetzt 5400 Mark betragen wird, wo er bisher nur 5200 Mark betragen hat. Ausgleichend könnte man wirken, daß sich die Spannung nicht mehr vergrößert bei vermehrter Kinderzahl, da die Kinderzulagen für alle Beamten in gleicher Höhe bemessen werden. Berücksichtigt man weiter, daß die höheren Beamten von ihren Mehrbezügen erheblich höhere Steuerlasten abgeben müssen. Trotzdem wird aber die Unzufriedenheit darüber in der gesamten Beamtenschaft, besonders in den unteren, darunter leidenden Ortsklassen, leider nicht aufhören und in die Freude über die Umrechnung der Teuerungszulagen in das Grundgehalt und die auch etwas erhöhten Bezüge fällt die Verunsicherung, der bisher schon immer den Glauben an die Gerechtigkeit des Volkstaates an alle Staatsbürger vergibt oder doch sehr in Zweifel gesetzt hat. Die staatsbürgerlichen Verhältnisse in Baden sind doch so, daß solche Spannungen nicht mit der größeren Teuerung in den Städten begründet werden können. Selbst das staatsfremde Reichsamt hat in der Begründung zu seinen Vorschlägen für die Ortsklasseneinteilung gesagt, daß „Baden nach den Bestimmungen des Friedensvertrags und durch die veränderten ökonomischen Verhältnisse ungünstig beeinflusst wird, besonders durch die Entwertung der Reichsmark; im Nordwesten durch das besetzte Gebiet. Es machen sich besonders die Wirkungen des valutafremden Auslandes geltend und zwar namentlich im Süden.“ Wir müssen ihm sagen, daß sie sich heute schon in hinteren Hinterland bemerkbar machen. Wir leben alle in einer Notlage und es darf erwartet werden, daß der Reichstag die Spannungen zwischen den Gehältern noch etwas verringert, und daß die am Donnerstag beginnenden Verhandlungen für die endgültige Einsetzung der badischen Orte in das Reichssozialklassenverzeichnis in letzter Stunde noch günstiger verlaufen, als nach den Vorschlägen des staatsfremden Reichsamtes zu erwarten steht. Die Regelung soll auf 1. Oktober 1921 rückwirkend in Kraft treten.

Die neue Beamtenbefolgungsordnung ist den Ausschüssen des Reichswirtschaftsrates zugegangen. Das Plenum des Reichswirtschaftsrates wird sich damit am Montag in einer Sonder-sitzung befassen. Von zünftigster Seite wird amtlich noch mitgeteilt: Die in den letzten Tagen durch die Presse gebende Mitteilung über die Erhöhung der Befolgung der Reichsbeamten entspricht nicht in allen Punkten den Tatsachen. Die über die Höhe der

Grundgehälter angegebenen Zahlen sind zwar zutreffend. Ein richtiges Bild über die tatsächliche Befolgung der Beamten kann jedoch nur dann gewonnen werden, wenn die Dienstbezüge in ihrer Gesamtheit (Grundgehälter, Ortszuschläge, Kinderzuschläge, Teuerungszuschläge) unter Berücksichtigung der Wirkung der Reichseinkommensteuer betrachtet werden. Bei der Bemessung der Gehaltsbezüge müßte einerseits der unbefreibaren Notlage der Beamtenschaft, andererseits der unerfreulichen Finanzlage des Reiches Rechnung getragen werden. Daß mit der erforderlichen Sparlichkeit verfahren worden ist, ergibt sich daraus, daß nur die Beamten der untersten Gruppe das 14 oder 13fache ihrer Friedensbezüge erhalten, während den Beamten der mittleren Gruppe nur etwa das 7fache, den Beamten der höheren Gruppe das sechs- oder fünffache ihrer Friedensbezüge gegeben wird. Die Gesamtausgaben für die Aufbesserung der Beamtenbefolgung erreichen die mitgeteilten Summen nicht. Sie betragen für die Reichsbeamten allein 7½ Milliarden. Wenn auch die Ausgaben für die Beamten der Länder und der Kommunen, für die Arbeiter und Angestellten des Reiches und der Länder sich ergeben werden, recht beträchtlich sind, so erreicht die Gesamtbelastung doch nicht annähernd die wiederholt genannte Summe von 30 Milliarden.

Der Zusammentritt des Landtags.

Der neu gewählte badische Landtag wird, wie nun bestimmt feststeht und wie wir schon berichtet haben, am kommenden Mittwoch, den 9. November zusammentreten. Die Abgeordneten werden wahrscheinlich von dem Staatspräsidenten Traut begrüßt werden, worauf der älteste der anwesenden Abgeordneten den Vorsitz übernimmt. Dies ist Abg. Dr. Paasche aus Redargemünd, der der Deutschen (liberalen) Volkspartei angehört und im 71. Lebensjahre steht. Der nächstälteste Abgeordnete ist Oberlandesgerichtspräsident Dr. Zehner (Ztr.), der einen Monat jünger als Dr. Paasche ist. Die vier jüngsten amtierenden Mitglieder des Landtags übernehmen zunächst die Sekretärsposten und führen bis zur Wahl des Präsidiums die Niederschrift über die Verhandlungen. In seiner ersten Sitzung wird der Landtag die Vollmachten seiner Mitglieder prüfen. Er teilt sich zu diesem Zweck in sieben Abteilungen gemäß der Zahl der Wahlkreise; die erste Abteilung prüft die Wahl der Mitglieder der zweiten Abteilung, die zweite die der dritten, die dritte die der vierten und so fort und die letzte prüft die der ersten. Eine weitere Abteilung prüft die Landeswahlliste. Wahrscheinlich in der nächstfolgenden Sitzung, der zweiten, wählt der Landtag das Präsidium. Der Präsidenten dürfte wiederum das Zentrum, als die stärkste Fraktion des Landtags, stellen. Nach Erledigung dieser Geschäfte wird der Landtag die Wahl der Mitglieder des Staatsministeriums vornehmen.

Nach der neuen Geschäftsordnung des badischen Landtags beträgt die Mindestzahl von Abgeordneten, die zur Bildung einer Fraktion notwendig ist, sieben. Danach können also die Deutschen (liberalen) Volkspartei mit 5, die Kommunistische Partei mit 3, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei mit 2 und die Wirtschaftliche Vereinigung mit 1 Abgeordneten keine Fraktion bilden und haben daher in den Ausschüssen weder Sitz noch Stimme. Nun übernimmt der badische Landespräsident der Telegraphen-Union, man erwäge in parlamentarischen Kreisen die Möglichkeit einer Herabsetzung der Mindestzahl, weil die Zahl sieben aus den alten Landtag mit seinen 107 Abgeordneten zugeschnitten gewesen sei. Da der neue Landtag nur aus 86 Abgeordneten bestehe, so wäre nach einer neuen Geschäftsordnung ein im Verhältnis geringeres Fraktionsminimum angebracht. Lege man das Verhältnis 7:107 zugrunde, so ergäbe sich für den neuen Landtag das Verhältnis von 5:86, jedoch 5 Abgeordnete zur Bildung einer Fraktion hinreichten würden.

Der Präsident des neuen badischen Landtags.

Wie wir vernehmen, wird die Zentrumsfraktion des badischen Landtags, der als der stärksten Fraktion das Recht zusteht, den Präsidenten zu stellen, das langjährige Mitglied des Landtags, Staatsrat Franz Josef Wittmann, für diesen Posten in Vorschlag bringen. Staatsrat Wittmann stammt aus Ruch, wo er als Sohn des dortigen Stadtschreibers am 24. März 1866 geboren wurde. Er besuchte die Volksschule seiner Vaterstadt, darauf das Gymnasium zu Ebingen im württembergischen Donautal und zu Taubertshausen und studierte Rechtswissenschaften und Literatur an den Universitäten Freiburg, Basel, Straßburg, Heidelberg und München. Im Jahre 1891 trat Wittmann als Rechtspraktikant in den badischen Staatsdienst ein, war Amtsrichter in Borberg und Donauwörth, und von 1903 bis 1917 Landesgerichtsrat in Offenburg und in den folgenden Jahren in Freiburg. In den badischen Landtag und zwar in die damalige 2. Kammer wurde Wittmann im Jahre 1905 gewählt. Seit dieser Zeit gehörte er ununterbrochen dem badischen Parlament an. Einige Jahre, von 1912 bis 1917 war er auch Mitglied des Offenburgers Zentrumsausschusses. In der Zentrumspartei ist Wittmann seit diesen Jahren am maßgebenden Stelle tätig. Er ist u. a. Mitglied des Landesauschusses und des Geschäftsführenden Ausschusses der Zentrumspartei, war außerdem zweiter Vorsitzender der Zentrumsfraktion und auch Vorsitzender und Mitglied verschiedener Landtagsausschüsse.

Die bad. Sozialdemokratie zur Regierungsbildung.

Ueber die Beratungen des Bezirksausschusses der badischen Sozialdemokratie teilte die Mannheimer „Volkstimme“ im Hinblick darauf, daß die Sozialdemokratie nach den Reichstagswahlen vom 6. Juni insofern die Konsequenzen gezogen hatte, als der Sozialdemokrat Geiß vom Posten des Staatspräsidenten zurücktrat und diesen und damit eine ihrer bisherigen vier Stimmen im Kabinett (damals drei Minister und ein Staatsrat) dem Zentrum überließ, mit der Bezirksauschuss habe sich dahin ausgesprochen, daß nach dem Ergebnis der Wahl vom letzten Sonntag, das die Position der Sozialdemokratie im Volk nicht unerheblich verstärkt zeigte, für sie eine weitere Stärkung ihrer Vertretung in der Regierung nicht mehr in Frage kommen könne. Der Bezirksauschuss der badischen Sozialdemokratie sei aber weiterhin auch der Meinung gewesen, daß der starke Stimmen- und Mandatsverlust der Demokraten keine Anlaß dazu biete, nun eine der drei Rechtsparteien in die Regierung hineinzunehmen. Es bestche keinerlei Verantwortlichkeit oder Anspruch in dem Sinne, daß nun eine Rechtsorientierung

der Karlsruher Regierung zu erfolgen habe. Wenn überhaupt eine Veränderung im Kabinett vorzunehmen sei, so könne sie nur in der Richtung eines Ausgleichs des Stärkenverhältnisses zwischen Zentrum und Demokraten an das ihrer Vertretung im Parlament erfolgen. Zur Frage des Zeitpunkts, zu dem die Neubildung der Regierung erfolgen soll, sei der Bezirksauschuss einmütig der Ansicht gewesen, daß dies unmittelbar nach dem Zusammentritt des Landtags zu geschehen habe.

Stellungnahme der Deutschen Liberalen Volkspartei.

Die „Badische Post“ veröffentlicht gestern eine parteiamtliche Auslassung zu den verschiedenen Blätterstimmen, die in ihren Wahlbetrachtungen die Frage des Anschlusses der in den Landtag gewählten Mitglieder der Deutschen Liberalen Volkspartei an eine andere bürgerliche Partei erörtern. In dieser parteiamtlichen Auslassung wird festgestellt, daß die Deutsche Liberale Volkspartei in dieser oder jener Richtung keine Bindung eingegangen sei. Sie könne dazu erst Stellung nehmen, wenn folgende Fragen geklärt sind: 1. Wird der Landtag entgegen seinem Statut und seinen im Wahlkampf immer wieder geäußerten Behauptungen, keine politische Partei zu sein, eine Fraktion bilden und sich damit doch als politische Partei aufstellen? 2. Wird die gegenwärtige Regierungskoalition bestehen bleiben? 3. Wie ist das Programm der Regierung hinsichtlich der Schulfrage?

Die Israelitische Synode Badens

trifft am Sonntag, den 6. November, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal des badischen Landtags in Karlsruhe zu einer auf zwei Tage berechneten Tagung zusammen, in der der Voranschlag, die Lehrer- und Rabbinerbefolgung und die Ruhegehaltsfragen zur Beratung kommen.

(1) Heidelberg, 2. Nov. Unter überaus harter Beteiligung fand gestern auf dem Friedhof eine Trauerfeier für Universitätsprofessor Erb statt, an der sich vor allem die studentischen Korporationen, die Professorenschaft und die Behörden beteiligten. Pfarrer Prof. Dr. Frommel hielt dabei die Gedächtnisrede, in der er den Verstorbenen als Zierde der Wissenschaft, als Arzt und Menschenfreund schätzte. Am Grabe wurden dann zahlreiche Kränze unter entsprechenden Ansprachen, darunter auch von Vertretern der Ärzteschaft von Hannover und Hamburg niedergelegt.

a. Lohmann, 1. Nov. Gestern wurde hier die älteste Frau im Bezirk zu Grabe getragen. Die Pfründnerin Witwe Magdalena Schneider erreichte das hohe Alter von 92 Jahren. Die Verstorbene war seit längerer Zeit sehr gebrechlich.

Familien-Nachrichten.

Musua aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Geburten. 24. Okt.: Margaretha Charlotte, Vater Lud. Dajemer, Volksdienstantwärtin; Luise Helene, Vater Wm. Fiedelstein, Schneider. 25. Okt.: Helmut Alfons, Vater Herm. Dahn, Wagenführer. 26. Okt.: Gertrud Josefine Marcell, Vater Ga. Klein, Schneider. 27. Okt.: Herr. Friedr., Vater Otto Palmmer, Straßenbahnbedienter. 28. Okt.: Gertrud Maria, Vater Wilhelm Mäler, Wiedner; Fritz Michael Karl, Vater Karl Widoth, Proturist. 29. Okt.: Dietrich Georg, Vater Wilhelm Weller, Finanzinspektor.

Heiratungen. 31. Okt.: Wilhelm Bender von hier, Fernmacher hier, mit Elise Kohner von hier; Eduard Schmitt von Weib, Friseur hier, mit Vertha Marasloff von Altenburg; Karl Beniger von Bremgarten, Uhrmacher in Weinsheim, mit Leonie Feller von hier; Hermann Grohmann von Wildbad, Med. hier, mit Justine Hua von Einheim; Rudolf Zimmermann von Strassburg, Schneider hier, mit Luise Schauselberger von hier.

Todesfälle. 31. Okt.: Maria Mähler, Witwe von Georg Mähler, Privatier, alt 64 Jahre. 1. Okt.: Paula Rapp, geb. Adkin, alt 43 Jahre; Frieda Saud, geb. Privat, alt 71 Jahre; Lina Maa, geb. Privat, alt 61 Jahre; Anton Kühn, Erbm., Masch.-Arb., alt 47 Jahre. 2. Okt.: Frz. v. Landenhem, Chem., Privat, alt 72 Jahre.

Aus auswärtigen Blättern.

Wannheim: Günther, Vater Otto Lunze; Hans Albert Bernhard, Vater Alex Feuerlein.

Heidelberg: Ein Anabe, Vater Dr. med. D. Dorspöden.

Rehl: Rudolf, Vater Fr. Sattlerbräuer.

Frankenhausen: Helmut Johannes, Vater Hof. Bohne.

Bermühle:

Forstheim: Fritz Daurer und Gretel Daurer, geb. Nina; Otto Ring und Emma Ring, geb. Rausch; A. Robert Riehnle und Elzabe Riehnle, geb. Salenreiter; Ludwig Reichenbach und Elzabe Reichenbach, geb. Reil.

Heidelberg: Bernhard Stenzenbach und Gretel Stenzenbach; Willy Buch und Irma Buch, geb. Wittmann; Paul Daber und Barbara Daber, geb. Ambiel; Alfred Gerhards und Friedel Gerhards, geb. Menges, in Elsenz.

Weinsheim: Carl Weber und Dora Weber, geb. Reil.

Wahr: Hermann Rüdich und Hedwig Rüdich, geb. Schmidt.

Willingen: Hans Köffel und Hermine Köffel, geb. Fribolin.

Todesfälle.

Forstheim: August Vogel, geb. Aebler, 86 Jahre alt; Karoline Schmidt, geb. Riehnle; Nina Mayer; Christian Cammon, 54 Jahre alt; Louis Borell, Emallemaler, 66 Jahre alt; Katharine Schwarz, 50 Jahre alt, in Erdingen; Stephanie Reicher, geb. Wurze, 73 Jahre alt, in Raul; Mathias Elsäcker, Landwirt, 49 Jahre alt, in Raulstoft.

Mannheim: Gottlieb Aebfater, Aukfchr., 81 Jahre alt; Alois Darrl, Buchdruckerbetrieber, 56 Jahre alt.

Heidelberg: Karl Wille, Zimmermeister, 70 Jahre alt; Johann Stiesel, Pfarrermeister, 68 Jahre alt; Johanna Stecke, geb. Weidner, 81 Jahre alt; Adolf Stigmann, Uhrmachermeister, 76 Jahre alt, in Pfalzgraben.

Schwetzingen: Johanna Löwenstein Witwe; Samuel Reil, 65 Jahre alt.

Weinsheim: Maria Elisabetha Müller, geb. Lub, 65 Jahre alt.

Rehl: Helena Karcher, geb. Wänke, 68½ Jahre alt; Barbara Reicher, geb. Kopp, 73 Jahre alt, in Ottersweier.

Freiburg: Elise Hermens, geb. Coxon, 98 Jahre alt; Dr. Otto Dammann, Gymnasialprofessor a. D., 75 Jahre alt; Karl Dömer in Bienen; Friedrich Bög, Schneider, 74 Jahre alt, in Titisee.

Kölnisch-Wasser-Shampoo

Original Johann Maria Farina, gegenüber Elogiasplatz, ed. lates Haarpflegemittel Mk. 1.— in Apoth., Drog. u. Frisargesch., oder bei Kühn & Co. Durlach erhältlich

Henckell Trachten

Die Marke äußerster Sorgfalt!

BND

Begehen Tiere Selbstmord?

Aus Brasilien geht uns folgendes interessante Schreiben zu:

Sant Anna de Capirary, den 3. Oktober 1921.
(Bon Retiro) R. S. Mineira.

In der Gelehrtenwelt wird behauptet, Selbstmord im Tierreich sei ausgeschlossen, nur ein Selbstmord des Lebenstriebes sei möglich, z. B. wenn ein gefangener Vogel die Nahrung verweigert und dadurch seinem Leben selbst ein Ziel setze. Solche Fälle kommen in der Tat vor und geschehen wohl aus Trauer über die Gefangenschaft. Darum handelt es sich hier allerdings nicht um ein Selbstmord des Lebenstriebes als um einen eigentlichen Selbstmord. Das letztere aber ebenfalls vorkommt, zeigt folgender bemerkenswerter und selbsterlebter Vorfall, über den ich zweifelnden Forschern gerne nähere Auskunft gebe.

Es handelt sich um den Selbstmord einer sehr gefährlichen Giftschlange (Cassowall), von denen es hier nur zu viele gibt. Bei einem Ritt durch die Koffa kam ich mit einem Eingeborenen durch einen ziemlich langen Hohlweg, als mein Begleiter, der vorausritt, rief: „Vorwärts, drei große Schlangen!“ Dieselben waren ungefähr drei Meter lang und armsbid. Sie lagen über den Weg und konnten sich. Die Entfernung von einander betrug etwa 2-3 Meter. Ich schloß die erste durch den Kopf und sofort stellten sich die beiden anderen zum Angriff, ungefähr 1,20 Meter hoch. Beim Anblick der Schlangen fingen unsere Pferde an zu zittern und zu toben, so daß wir absteigen und sie anbinden mußten. Dies war das Werk einer Minute. Die beiden Schlangen fanden immer noch in Angriffstellung, mein Begleiter, der nur mit Browning bewaffnet war, stieg auf den Kamm des Hohlwegs, während ich darin vorging und auf die Schlangen schloß. Ich traf die eine, die durch den Rücken getroffen, tot umfiel. Während ich mein Gewehr lud, befiel ich die andere, die letzte, fest im Auge. Ein Entkommen war unmöglich. Plötzlich warf sich die Schlange auf den Boden, rollte sich zusammen, bis sich dreimal in den Rücken und blieb liegen. Diesen Vorgang hatten mein Begleiter und ich sprachlos mit angesehen. Ich wollte noch nach der Schlange schießen, mein Begleiter aber rief, es sei nicht mehr nötig, die Schlange habe sich selbst getötet. Ich bezweifelte dies und lagte, ich müßte sie mit dem zweiten Schuß getroffen haben. Wer könne wissen, ob es nicht ein Mandor sei. Im anderen Falle, falls sie richtig geblieben habe, müßte sie noch heute Abend nach Sonnenuntergang tot sein. Als wir dann bei Dämmerung zurückkamen, lag die Schlange am Verenden. Noch einige Zudungen und dann blieb sie wie tot liegen.

Zu Hause angekommen, bezweifelte ich immer noch den Selbstmord der Schlange. Mein Begleiter aber blieb bei seiner Behauptung. Ich sagte darauf, er solle am anderen Morgen in der Frühe hinausreiten und den Kadaver holen. Wir wollten dann die Schlange abziehen und die Todesursache feststellen. Wirklich konnten wir auch keine Schußverletzung auf der ganzen Haut finden. Nur die drei Stellen, wo sich die Schlange selbst geblissen hatte, waren sichtbar. Um aber jeden Zweifel auszuschließen, möchte ich noch anführen, daß meine Schüsse aus einer Entfernung von 6-8 Schritt abgegeben worden waren, Kaliber 16 mit Schrotmörser 1. Die beiden ersten Schlangen waren an den Einschlagstellen total zerissen. Wie mein Begleiter sagte, lag die Selbstmörderin am anderen Morgen neben einer der beiden anderen Schlangen. Der Abstand am Abend vorher hatte etwa zwei Meter betragen, was ich selbst gesehen hatte. Sie hatte sich also noch mit den allerletzten Kräften zu dem anderen Tiere hinwenden können. Mein Begleiter behauptet, daß es Männchen und Weibchen gewesen seien, darum auch der Selbstmord. Die dritte, eine der beiden durch Schuß getöteten, lag genau an demselben Platz, wo sie von mir getroffen worden war.

Carlos Lauinger (aus Karlsruhe).

Ein übereiltes Urteil.

Vor einer Strafkammer stand vor einiger Zeit die Hausdame Anna M. unter der Anklage des schweren Diebstahls. Sie hatte mehrere Monate hindurch bei einem untergeordneten Manne, der eine sechs Zimmern umfassende möblierte Wohnung gemietet hatte, die Wirtschaft geführt, diese Stellung aber ausgebeugt, als der Herr in mitleidige finanzielle Verhältnisse geriet. Die Wirtschaft führte dann eine andere Wirtschaftlerin und schließlich zwei Schweigertöchter. Als dieser die Wohnung aufgab, und die Vermieterin diese abnahm, stellte sie fest, daß das verschlossene Büfett durch einen jählichen Schlüssel verriegelt geblieben sei und daß von dem dort aufbewahrten Silbergeschätz verschiedene Stücke im Werte von 30-40 000 M. fehlten. Der Verdacht der Täterschaft wurde auf die M. gelenkt und durch mehrere Zeugenaussagen verstärkt, doch handelte es sich in der Hauptsache um Indizien. Die Angeklagte bestritt jede Schuld und verwies auf die verschiedensten Möglichkeiten der Täterschaft, sei es der späteren Wirtschaftlerin, sei es der Herren, die der Wohnungsinhaber öfters zum Besuch empfangen. Der Verteidiger hatte zur Entfristung der Indizien mehrere Beweisanträge gestellt und das Gericht dringend gebeten, insbesondere zwei von ihm benannte Zeuginnen zu vernehmen, die die Unschuld der Angeklagten beweisen könnten. Das Gericht lehnte jedoch die Beweisanträge ab, da es aus den Aussagen der vernommenen Zeugen die volle Ueberzeugung von der Schuld der Angeklagten gewann. Diese wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Das vom Verteidiger

Der „Frauenjäger“.

Von Alois Urich-Wien.

„Sie müssen mehr spazieren gehen,“ sagte der Arzt zu dem Magistratsrat Thomas Ledolter. „Sie haben es nämlich auf der Bredel. Mehr Bewegung, lieber Freund, mehr Bewegung — dann wird es gleich besser werden.“

Seitdem geht er täglich abends nach der Arbeit, vor dem Nachtessen eine Stunde spazieren. Als Herr Ledolter an einem Herbstabend seinen Spaziergang absolvierte, der ihn durch allerlei schlecht beleuchtete Seitengassen führte, glaubte er eine Dame zu bemerken, die von einem Herrn verfolgt wurde. Ledolter sah genauer hin und stellte fest, daß dieser Mensch bald vor der Dame, bald hinter ihr lief. Der Magistratsrat beschleunigte seine Schritte. Er nahm jetzt wahr, daß der Mensch die Dame auch durch allerlei Worte und Reden zu belästigen schien. Das empörte Ledolter und er beschloß, der Dame zu Hilfe zu kommen und ihr seinen Schutz anzubieten. Als er die Beden erreicht hatte, begriff er auch, daß die Dame von dem Menschen nichts wissen wollte. Er war ein kleiner, dicker Kerl mit einem fetten, breiten Wangengesicht.

Ledolter wartete einen geeigneten Augenblick ab und trat dann an die Dame in dem Momente heran, als ihr Verfolger etwas zurückzubleiben schien.

„Meine Gräbige,“ sagte Herr Ledolter und zog grüßend den Hut. „Verzeihen Sie, wenn ich so frei bin, Sie gegen den lästigen Menschen, der Sie verfolgt, in Schutz zu nehmen.“

Die Dame war über das Eingreifen Ledolters nicht so erfreut, als der Magistratsrat sich das gedacht hatte.

„Wen meinen Sie eigentlich?“ Ich habe niemanden gesehen, aber mich belästigt hätte,“ sagte sie kurz.

Ledolter war sprachlos.

„Aber der Mensch da hinten mit dem Wangengesicht...“

„Wo?“

„Diese menschliche Festigkeit, die herangerollt kommt...“

„Ich sehe niemanden außer meinem Mann,“ erwiderte die Dame.

„Das ist ihr Mann?“ sagte Herr Ledolter betroffen, während er ihm eilhaft über den Rücken lief.

angeregten Reichsgericht hat die Ablehnung der Beweishebung durch Vernehmung zweier weiterer Zeugen für ungeschicklich erklärt, das Urteil nebst den ihm zugrunde liegenden Feststellungen aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen. Nun stand die abermalige Verhandlung vor der Strafkammer bevor — sie ist aber dadurch hinfällig geworden, daß sich die Angeklagte aus Verzweiflung über ihr Schicksal in den Fluten des Wannsees ertränkte.

Gestohlene Brillanten.

Die Sängerin Charlotte Wander kam dieser Tage nach Berlin, um sich hier weiter auszubilden. Am 22. d. M. besuchte sie die Staatsoper. Am Schalter der Oper entdeckte sie, daß ihr die Handtasche geöffnet und daraus ein kleines braunes Lederetui mit Halskette und im Werte von 600 000 Mark gestohlen war.

Der Diebstahl ist vermutlich an der Omnibushaltestelle auf dem Wittenbergplatz ausgeführt worden. Die Bestohlene erließ darauf eine Anzeige, in der sie für die Wiederbeschaffung des Schmuckes eine Belohnung von 10 000 Mark ausbot. Am vergangenen Mittwoch erschien in ihrer Wohnung ein Mann, der sich ihrer Gesellschafterin gegenüber Oberwachmeister Meinide nannte. Er berichtete, daß ein englischer Offizier den Schmuck auf dem Wittenbergplatz gefunden und an ihn abgegeben habe. Er habe den Fund seiner vorgelegten Dienststelle abgeliefert, und dort könne ihn die Bestohlene in Empfang nehmen. Als Ausweis überreichte er ein Papier, auf dem Oberwachmeister Krause als Vorkäufer dem Oberwachmeister Meinide bescheinigte, daß er das Etui mit Inhalt abgeliefert habe. Auf diesen Schein schrieb nun Meinide, daß seine Vorkäuferin berechtigt sei, den Fund abzuholen. Als das geschehen sollte, ergab sich, daß alles Schwindel war. Bei der Dienststelle gibt es weder einen Oberwachmeister Meinide noch Krause. Der Schmuck war nicht vorhanden, die Unterschrift und der Stempel auf dem Schein waren gefälscht. Der Schwindler hat ohne Zweifel damit gerechnet, daß er die Bestohlene selbst zu Hause treffen und von ihr sofort eine Belohnung erhalten werde.

Provision und Valuta.

Aus einer Entscheidung des Reichsgerichts.

Eine deutsche Kriegsgesellschaft beauftragte im Jahre 1918 einen in Brüssel ansässigen deutschen Kaufmann mit dem Einkauf von Eisen bei belgischen Firmen, und zwar gegen eine Provision von 3 Prozent, die sie vom 1. Oktober 1918 ab auf 2 Prozent herabsetzte. Die Provisionszahlungen wurden rückständig, und nun klagte der Agent auf Zahlung von mehreren tausend Frank belgischer Währung, mit der Begründung, daß die Fakturen auf belgische Währung lauteten hätten, weil er dadurch zu Schaden gekommen sei, daß nach Aufhebung des Zwangskurses des deutschen Geldes in Belgien der Wert des deutschen Geldes enorm gesunken sei und er folches von dem in Verzugs befindlichen Kriegsgesellschaft höchstens zum Kurse der jeweiligen Zahlungszeit anzunehmen brauche. Die belagte Kriegsgesellschaft hatte den Anspruch ihres Agenten allenthalben bestritten und namentlich geltend gemacht, daß sie für den dem klägerischen Agenten durch den Valutasturz entstandenen Schaden keinesfalls haften könne.

Das Landgericht als erste Instanz hat die Kriegsgesellschaft verurteilt, während das preußische Kammergericht den Anspruch des Agenten nur in Höhe von 896 Mark und 5 Prozent Zinsen anerkannt und dies damit begründet hatte, daß dem Agenten deshalb kein Schadenersatz zuzue, weil die Kriegsgesellschaft für das Sinken der Valuta — und damit für den Schaden infolge ihrer verzögerten Zahlung — einzutreten habe.

Gegen dieses Urteil hat der Agent Revision beim Reichsgericht eingelegt, und dieses hat das Urteil des Kammergerichts aufgehoben und die Sache an dieses zurückverwiesen.

Die Gründe des Revisionsurteils sind insofern bemerkenswert, als darin festgestellt wird, daß unter bestimmten Umständen allerdings der Schadenersatz geltend gemacht werden kann, der durch ein Sinken der Valuta entsteht. Der Grund zur Ablehnung dieses Anspruchs, daß der Agent, so lange der Staat das inländische Geld als Wertmesser mit gleichbleibender Kraft beibehalte, sich nicht auf das Sinken der Valuta berufen könne, genügt nicht. Es müßte vielmehr dem Gläubiger (das ist in diesem Falle dem Kläger) unverwehrt bleiben, den Schaden, den er infolge des Bezugs des Schuldners — also der Kriegsgesellschaft — und des inapfischen eingetretenen Sinkens der Valuta bei bestimmten Geschäften erlitten habe, geltend zu machen. — In diesem Sinne hat sich auch das Reichsgericht schon früher ausgesprochen. Wenn nun der klägerische Agent geltend gemacht habe, daß er die ihm zuzuehende Provision zur Bezahlung von Geschäftsschulden in belgischer Währung gebraucht habe, so sei dies vom angefochtenen Urteil nicht genügend beachtet worden.

Dermishte Nachrichten.

— Für Leute, die morgens nicht aufstehen können. Wie eine alte Weisheit lehrt, daß das Zahnweh die Selbstbeherrschung auch der weissen Philosophen auf eine schwere Probe stellen kann, so gibt es auch Leute, deren Energie die größten Schwierigkeiten reichlich zu überwinden vermocht hat, aber allmorgendlich vor der Auf-

gabe, die mit der Pflicht, sich aus dem Bett zu erheben, vor sie hintritt, elend zusammenbricht. Wenn ihnen ein englischer Arzt nun den Rat gibt, bei den Kindern in die Schule zu gehen, so hat dies zwar im ersten Augenblick nichts übermäßig Einleuchtendes, aber da der Entbehrer seine Lehre mit suggestivem Vertrauen in ihre Unschmerzbarkeit vorträgt, so will es doch nicht angehen, sie den armen Geplagten zu verschweigen. Um so mehr, als der Versuch nichts kostet.

Der Arzt behauptet, daß die kleinen Kinder bestimmte Bewegungen machen, durch die sie sich das Aufstehen erleichtern. Wenn sie auf dem Rücken liegen, strampeln sie zunächst mit den Beinen und dann verkrühen sie, sich aufzurichten, indem sie sich umdrehen und auf Hände und Knie stützen. So gelangt es ihnen, in die sitzende Stellung zu gelangen. Aus diesen und ähnlichen Beobachtungen hat der englische Arzt ein System von Regeln gemacht, das er den unglücklichen Sklaven des warmen Betts ans Herz legt. Man soll demnach zunächst ausgestreckt liegen bleiben und tief die Luft einziehen, zu gleicher Zeit aber die Hände über den Kopf erheben. Dann folgt ein ebenso tiefes Ausatmen, wobei man die Arme seitwärts führt. Dies wiederholt man fünfmal. Man schlägt darauf die Bettdecke zurück und hebt den Oberkörper ebenfalls fünfmal. Hierauf faltet man die Hände hinter dem Kopf und streckt die Beine so hoch wie es möglich ist, auch diese Übung muß man fünfmal vornehmen. Dann wird, so wird mit eindringlicher Ueberzeugungstrast versichert, das Aufstehen gelingen. — Wenn es aber nicht gelingt, oder wenn einer überhaupt zu faul ist, mit diesen Bett-Übungen anzufangen? Was dann?

Der moderne Friseur. In New York wurde kürzlich ein Barbiersladen eröffnet, der wohl das Originellste ist, was in diesem Genre auf der Welt existiert. Große Räume im Knickerbockerhotel wurden für diesen Zweck ausgemietet. Man kann kaum glauben, daß man sich bei einem Friseur befindet, wenn man beim Eintritt eingeladen wird, in einem mit herrlichen Pflanzen geschmückten Wintergarten Platz zu nehmen, bis ein Sessel frei wird. Die Zeit des Wartens wird angenehmgelüftet durch Vorträge eines in einer Palmengruppe verdeckten Orchesters und den Genuß von Tee, der nach Belieben serviert wird. Durch Laubgänge aus Plattenplanen sind die Behandlungsräume von den Warteräumen getrennt. 42 Barbierstühle und 32 Maniküreische, 15 Haarschneidebores nehmen die Besucher auf. Im Halbtod ist der Schönheitssalon für Damen untergebracht, der gleichfalls an Ausstattung und Einrichtung das Modernste aufweist, was man sich nur denken kann. Alle Behandlungsische sind mit Dienst- und Vorratsschimmer durch ein System von elektrischen Leitungen verbunden, durch das lautlos je nach dem Taster, auf den gedrückt wird, ein gewöhnliches Haarwasser oder eine neue Seife oder eine Maniküre mit ihren Werkzeugen bestellt werden. Ueberflüssig zu sagen, daß auch allen hygienischen und sanitären Erfordernissen, die an die Haar- und Handpflege gestellt werden, in vollstem Umfange entsprochen ist. Die Herstellung des modernsten Friseurladens, der täglich 1500 bis 2000 Besucher zufriedustellen kann, kostete rund eine Viertelmillion Dollar.

Humor.

Er mühte schon.

Auf dem Rückwege vom Zahnarzt berichtet der kleine Heinrich, wie der Zahnarzt ihm einen Zahn gezogen hat.

Der Herr Doktor sagte, wenn ich brav wäre und nicht schreien würde, kostete das Zahnziehen drei Frank, wenn ich aber Spektakel machte, fünf!

„Hast du denn gefürchtet?“

„Wie konnte ich denn: ihr hattet mir doch nur drei Frank mitgegeben.“

(Nebelpalter).

Das Nächst.

Der Lehrer ist bestrebt, seinen A-B-C-Schülchen den Unterricht möglichst anschaulich zu gestalten. Er behandelt gerade Schöpfungsgeschichte und modelliert aus Ton funsförmig den ersten Menschen, um ihm darauf eine Seele einzubauen, genau wie es das alte Testament erzählt. Da jedoch in Anbetracht der noch etwas flüssigen Formmasse unser Adam sich noch nicht auf den Beinen zu halten vermag, fließt ihn sein Schöpfer kurz entschlossen auf die Vorderwand des Lehrerpultes.

Wichtig hungrige Augen harren gespannt der Dinge, die da kommen werden.

Der Unterricht nimmt seinen Fortgang.

Der Lehrer fragt den Leitner Seppi, was wohl der erste Gedanke des Adam nach seiner Erschaffung gewesen sein könnte.

Der Seppi ist einen Augenblick etwas verwirrt, dann beginnt er zögernd:

„Der Adam wird sich denkt ham': (kurze Pause) — jessas, i hängt ja am Katheder dro.“

(Münchener Jugend).

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
besitzig das ärztlich empfohlene milde und bewährte
Kukirol
Schachtel M. 3.50 in Apotheken u. Drogerien erhältlich.
Drogerie Roth, Herrenstr. 26-28; Drogerie Tscherning, Amalienstr. 19

Da pustete auch schon der kleine Dide heran und kochte zornig: „Was hat er gesagt, Washid? Ich habe ein Baviangeficht und sehe wie eine Festigkeit aus...“

„Der kleine Dide erhob im Schutze der nächsten Finsternis seinen Stolz und ließ ihn auf Ledolters steifen Hut, sehr zu dessen Ungunsten, unanft niederfallen.“

„Ich werde Ihnen ein Baviangeficht geben...“ Sie unterkämpfte Mensch,“ rief der kleine Dide und schlug darauflos.

Als sich Ledolter auf ihn stürzen wollte, erhob aus dem Gesichtspunkte der ehelichen Sympathie die Dame ihren Regenschirm und eröffnete kurzer Hand einen Angriff auf den Magistratsrat, welcher sich nun in die Enge getrieben sah und nicht wußte, gegen wen er sich zuerst verteidigen sollte. Es regnete von beiden Seiten schmerzliche Schläge.

„... aber meine Herrschaften,“ stammelte Ledolter, „hier... hier... hier liegt zweifellos ein Mißverständnis vor...“

Es hat so ausgesehen, als wenn der Herr die Dame belästigen wollte...“

„Da haben Sie Ihr Mißverständnis,“ khaubte der kleine Dide, „und da und da für das Baviangeficht...“

„Was geben Sie denn unsere ehelichen Auseinandersetzungen an?“ rief die Frau. „Kümmern Sie sich um Ihre Angelegenheiten...“

„Sie... Frauenjäger?“

Natürlich hatten sich einige Neugierige eingefunden, die dem interessantesten Schauspiel aufmerksam folgten. Als das Wort Frauenjäger fiel, entschied sich ihre Anteilnahme gegen Herrn Ledolter. Wer weiß, wie schlimm sich die Dinge für Herrn Ledolter noch entwickeln hätten, wenn nicht ein Schuhmann des Weges gekommen wäre und Herrn Ledolter, den er gleich mit gefestem Augenschein als den Schuldigen erkannt hatte, nach dem Polizeiamte abgeführt hätte.

Herr Ledolters Hut war eingeschlagen, sein Kragen herabgerissen, die Kravatte im Kampfe verloren gegangen und der Kopf die geschwollen.

Auf dem Polizeiamte hoffte Herr Ledolter endlich sein Recht zu finden. Aber wie sehr war er enttäuscht, als der Kommissar die größten Zweifel in seine Angaben legte.

„Geben Sie nur zu, daß Sie der Dame nachgestellten sind,“ drängte der Kommissar, da schon der weit wichtigere Fall eines Taschendiebes

der Erledigung harzte. Ein Protokoll wurde aufgenommen, die Aussagen der Zeugen festgelegt.

„Ich versichere Ihnen, Herr Kommissar, ich wollte die Dame beschützen,“ beteuerte Ledolter.

„Das kennen wir... Das ist ein alter Trick aller Frauenjäger... Herr, uns machen Sie nichts vor, uns den der Polizei...“

„Ich sehe ganz klar... Sie wollten sich an die Dame herannähern, darum verhängte ich über Sie wegen öffentlichen Vergewaltigung und ungebührlichen Betragens auf der Straße ein Strafmandat von hundert Mark.“

Ledolter war sprachlos. Jetzt sollte er auch noch zahlen, weil er sich einer bedrängten Dame hatte annehmen wollen.

„Es ist alles ein Irrtum... Ich versichere Ihnen, ich wollte, ich habe nämlich...“

Es half Herrn Ledolter nichts. Sein Fall war schon zu Ende. Der Kommissar ließ bereits den Taschendieb hereinführen. Es blieb dem Magistratsrat nichts übrig, als die hundert Mark zu erlegen und dann schmerzbeugt abzuziehen, während der kleine Dide mit seiner Dame triumphierend das Kommissariat verließ.

Niedergeschmettert kam Ledolter nach Hause. Er mühte sich während der Nacht kalte Umschläge auf den zerbeulten Kopf machen, und am nächsten Tage kaufte er sich einen neuen Hut, einen frischen Kragen und eine neue Kravatte.

Er ging zum Arzte und fragte ihn um Rat: „Ich weiß nicht, Herr Doktor, der abendliche Spaziergang bekommt mir nicht gut. Gibt es kein anderes Mittel gegen Ueberleiden?“

„Ja, wie sehen Sie denn nur aus?“ rief der Arzt.

„Ich bin gestern auf der Straße, weil es so finster war, zu Fall gekommen,“ lag Herr Ledolter. „Ich habe seitdem eine Abneigung gegen das Spaziergehen...“

Als die Geschichte im Magistratsbüro bekannt wurde, sagte der Magistratsdirektor zu den Herren: „Wer hätte sich gedacht, daß dieser barmhertige Ledolter so ein Frauenjäger ist. Ja, die stillen Wasser, das sind die tiefsten und die Leute, welche tiefdarin nicht bis sehen zählen können, haben es hinter den Ohren...“

Seitdem bringt Herr Ledolter den Kauf, ein Frauenjäger zu sein, nicht mehr los.

ALTER WEINBRAND **JACOBI 1880** WEINBRENNEREI STUTTGART

Die neue Teuerungswelle und der Einzelhandel.

Das mit unserer gesamten politischen und wirtschaftlichen Lage in engem Zusammenhang stehende außerordentlich rasche Ansteigen der Preise hat die Einzelhändler in hohem Maße in Anspruch genommen. Die Einzelhändler sind in hohem Maße in Anspruch genommen. Die Einzelhändler sind in hohem Maße in Anspruch genommen.

Mit der neu hereinflutenden Teuerungswelle sind für den Einzelhandel wiederum außerordentlich schwierige Stunden angebrochen. Einerseits sieht er sich vor die Tatsache gestellt, daß er bei jeder Neubestellung Preise zubilligen muß, die gegenüber seinen bisherigen Ladenpreisen einen Aufschlag von 30, 50, ja sogar (besonders bei Textilien) bis zu 100 Proz. bedeuten, auf der anderen Seite reißt ihm das Publikum die noch billig ausgelegte Ware direkt aus den Händen, so daß sich die Läger rasch leeren, als an eine Auffüllung auch nur zu denken ist. Die Schaffung eines Ausgleiches durch Anpassung der noch zu alten Preisen eingekauften Ware an den Marktpreis bezw. eine Reinkalkulation auf Grund von Durchschnittspreisen aber wird sofort mit dem Ruf nach dem Richteramt beantwortet. Und leider stehen die maßgebenden Behörden nicht an, diesen Ruf zu unterstützen, ja demselben sogar mit allen möglichen Erlässen voranzuhelfen, anstatt die Massen durch Klarlegung der tatsächlichen Verhältnisse zu beruhigen. So ging erst in diesen Tagen eine „Mahnung“ der Oberstaatsanwaltschaft durch die Presse, darauf die Kriminalpolizei angewiesen worden ist, alle Fälle, in denen Geschäftsleute den Preis von Waren erhöhen, die sie noch zu alten niedrigen Preisen erstanden haben, der Wucherabteilung der Staatsanwaltschaft wecks „Strafverfolgung wegen Preistreiberei“ zu melden. Diese Warnung erregte selbstverständlich außerordentliches Aufsehen und sie war bei der Unkenntnis, die in weitesten Kreisen über die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und über die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse herrscht, geeignet, den Einzelhandel in schwerster Weise zu bringen. Demgegenüber sei folgendes hervorgehoben:

Die Staatsanwaltschaft kann sich bei ihrem ganzen Vorgehen nur auf die berühmte Bundesratsverordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (R.G.B.I. S. 395) stützen, gerade diese Verordnung aber belagt in ihrem § 2 wörtlich:

„Für gleichartige Gegenstände, deren Herstellungskosten verschieden hoch sind, darf ein Durchschnittspreis gefordert werden, wenn er nachweislich auf den verschiedenen Herstellungskosten und den verschiedenen Mengen der in ihn einbezogenen Gegenstände beruht und unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Herstellungskosten keinen übermäßigen Gewinn enthält.“

Nach dem Wortlaut des § 2 und nach seiner sinngemäßen Auslegung ist es also ausdrücklich für zulässig erklärt, bei gleichartigen Gegenständen mit verschiedenen hohen Herstellungskosten einen Durchschnittspreis zu fordern und es besteht für den Geschäftsmann absolut keine Verpflichtung, seine alte Ware noch zu niedrigeren Einstandspreisen abzugeben während er gleichzeitig in seinem Geschäft schon neue Ware zum Verkauf stellt, für die er gemäß dem inzwischen gegangenen Einstandspreis wesentlich höhere Preise fordern muß.

Auch der Begriff „gleichartige Ware“ mußte sich im Laufe der Zeit aus der Einsicht der Unmöglichkeit starrer Durchführung heraus eine wesentliche Dehnung gefallen lassen. Mehrfache Reichsgerichtsentscheidungen haben den alsbergischen Kommentar bestätigt, daß bei sinnvoller Auslegung des § 2 der Verordnung vom 8. Mai 1918 „Gleichartigkeit“ durchaus nicht daselbe ist, wie Gleichheit der Gegenstände. Nicht nur nach Qualität, Form, Stoff usw. identische Gegenstände, sondern nach diesen Entscheidungen gleichartig, sondern alle Waren, die nach Handelsgewohnheit ihrer wirtschaftlichen Beschaffenheit und Zweckbestimmung gemäß zum Zwecke einheitlicher Kalkulation zu einem Komplex zusammengezogen werden können.

Es kann somit keinem Zweifel unterliegen, daß eine Durchschnittspreisberechnung der Herstellungskosten und somit auch eine Reinkalkulation schon vorher kalkulierter Waren nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen absolut zulässig ist. Darüber hinaus muß die Frage aufgeworfen werden, ob von einem übermäßigen Gewinn im Sinne der Preistreibereiverordnung vom 8. Mai 1918 gesprochen werden kann, wenn die durch den Marktpreis gezogenen Grenzen innegehalten werden, also eine Kalkulation alteingekaufter Waren Platz greift, die über den Durchschnittspreis noch wesentlich hinausgeht. Diese Frage ist nicht ohne weiteres zu verneinen, andererseits aber hat sich im Laufe der Zeit in der Rechtsprechung doch ein wesentliches Entgegenkommen für die praktischen Notwendigkeiten auch in dieser Hinsicht ergeben. Grundlegend hierfür war eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 15. März 1920, in der ausdrücklich ausgesprochen wurde, daß dem Moment der Geldentwertung bei der Kalkulation, vor allem bei der Bemessung des Unternehmergewinnes Rechnung getragen werden kann. In dem damals zur Entscheidung stehenden Fall war von dem Angeklagten eingewendet worden, wenn sie ihre Waren zu den Friedenspreisen im Jahre 1918 verkauft hätten, wären sie nicht imstande gewesen, das Geschäft fortzuführen, weil sie in diesem Falle für die neu eingetkauften Sachen höhere Beträge hätten anlegen müssen, als sie durch den Verkauf gleichwertiger Waren erzielen hätten. Es lag also damals genau derselbe Fall zur Entscheidung vor, der heute beim Einzelhandel durchweg gegeben ist. Das Reichsgericht mißbilligte es, daß die Vorinstanz auf diesen Einwand nicht in ausreichendem Maße eingegangen war und erklärte dann folgendes:

„Das Sinken des Geldwertes hat eine Minderung aller Vermögenswerte zur Folge, die in einem Anspruch auf eine dem Betrag nach feststehende Geldzahlung bestehen, während andere Vermögens-

werte umgekehrt eine verhältnismäßige Erhöhung erfahren. So steigt auch der Geldwert der in der Hand des Kaufmanns befindlichen Waren, aber er darf die Werterhöhung bei seinen Veräußerungsgeschäften nicht schlechthin zur Geltung bringen; ihm sind im Interesse der Allgemeinheit vom Gesetze Schranken auferlegt, die ihm verbieten, die Ware zu einem Preise zu verkaufen, der dem durch die Kriegszeit entwickelten Werte entspricht, und er ist gehalten, seine Preisbemessung nach den Grundätzen zu gestalten, die bezüglich der in Betracht kommenden Kriegsverordnungen, in der reichsgerichtlichen Rechtsprechung anerkannt und zur Richtschnur für die Ermittlung des zulässigen Gewinns zu nehmen sind. Nach diesen Grundätzen ist nun die Berücksichtigung der Geldentwertung keineswegs ausgeschlossen. So rechtfertigt der hohe Preisstand eine Erhöhung der Kalkulation, indem die Fortführung des Geschäftes bei den stark gestiegenen Preisen unter einer erhöhten Gefahr des Verlustes aus einem Preisumschwung steht. Die Geldentwertung hat ferner Einfluß auf die Höhe des anzusetzenden Unternehmerlohnes, da sie allgemein eine Erhöhung der für Arbeitsleistungen zu gewährenden Vergütung zur Folge hat; endlich kann sie nicht unberücksichtigt bleiben bei der Festsetzung des Unternehmergewinns, der der Bildung von Kapital dienen soll, das regelmäßig wieder für die Zwecke des Handelsgeschäftes verwendet zu werden pflegt.“

Was das Reichsgericht damals — im März 1920 — als Begründung aufführte, trifft auf die heutigen Verhältnisse noch in wesentlicher Verfertigung zu. Noch niemals hatte unser Geld eine derartige Entwertung erlitten, wie dies heute der Fall ist, noch niemals war das Risiko des Einzelhändlers ein derartiges hohes, wie heute, noch niemals haben die Forderungen der Angestellten und Arbeiter solches Ausmaß angenommen, wie derzeit und noch niemals war die Gefahr, daß das für die Fortleitung des Handelsgeschäftes nötige Kapital durch niedrige Verkaufs- und hohe Einkaufspreise aufgezehrt würde, derart dringlich, wie heute. Man wird also diese Reichsgerichtsentcheidung unbedingt auf die heutigen Verhältnisse anwenden und bei der Kalkulation alle vorangeführten Momente wesentlich in Berücksichtigung ziehen dürfen.

Auch die bekannte Autorität auf dem Gebiete des Handelsrechts, Professor Dr. F. U. L. Reitz, kommt bei einer dieser Tage im „Konfessionär“ erschienenen Besprechung dieser Materie zu dem Schluß, daß nach dem heutigen Stande der Rechtslage und der gegebenen Verhältnisse eine Kalkulation der noch zu früherem Preise eingekauften Waren bis nahe an den Marktpreis heran durchaus zulässig ist. Er betont ausdrücklich:

„Wenn auch heute noch nicht gesagt werden kann, daß die Einhaltung des Marktpreises dem Kaufmann jede Verfolgung und Verurteilung sichert, so ist doch andererseits in den normalen Fällen der Tatbestand der strafbaren Preistreiberei bei der Einhaltung dieses Preises nicht gegeben. Wer bei einer besonderen Gelegenheit Waren zu einem ganz exzeptionell billigen Preise erworben hat, darf sie natürlich auch heute noch nicht zu dem Marktpreise verkaufen, auch noch der Gläubiger, der noch Waren aus der Friedenszeit hat, aber solche Ausnahmefälle spielen keine Rolle, und für die Regel gibt die heutige Rechtsprechung des Reichsgerichts dem Kaufmann die Möglichkeit, so zu kalkulieren, daß er ziemlich nahe an den Marktpreis herankommt.“

Man ersieht hieraus, daß sich die Herren Oberstaatsanwälte und sonstigen behördlichen Vertreter, die es sich in den letzten Wochen angelegen sein ließen, gegen den „Wuchergesetz“ des Einzelhandels vorzugehen, auf recht schwankenden Boden betreten haben. Sie überschauen zweifellos über die Wirkung, die sie mit ihren Verfügungen nach außen hin erzielen wollten, die tatsächlichen Verhältnisse des Einzelhandels und die Rechtslage, auf welcher der Ausgleich der Preise von gestern und heute basiert. Diese Rechtslage aber ist nicht von ungefähr entstanden, sie ist herorgegangen aus der zwingenden Notwendigkeit, der sich der oberste Gerichtshof auf die Dauer eben einfach nicht verweigern konnte, wollte er nicht den Zusammenbruch des Einzelhandels und damit der ganzen deutschen Volkswirtschaft heraufbeschwören. Der Einzelhandel würde sich in Zeiten so sprunghaft steigender Preise und so rascher Geldentwertung, wie heute, binnen kurzem vollkommen „totverkauft“ haben, dürfte er mit seinen Verkaufspreisen dem Marktpreis nicht wenigstens annähernd folgen. Hierzu nur ein drahtliches Beispiel aus der Goldwarenbranche:

Das Rio Goldbletten kostete noch vor 6 Wochen etwa 40 000 Mark, heute stellt es sich auf rund 100 000 Mark. Müßte der Goldwarenhändler nun die alte Ware zum Einstandspreis von 40 000 Mark verkaufen, so könnte er für den Erlös selbstverständlich nur einen entsprechenden Bruchteil neue Ware derselben Art einkaufen und er hätte bei noch dreimaliger Wiederholung dieses Handels tatsächlich nur mehr ein Lager aufzuzweigen, das etwa den 40. Teil seines ursprünglichen Warenwertes darstellt. Der ziffermäßige Wert des Lagers — d. h. der Wert in Papiermark — wäre wohl etwa derselbe geblieben, da aber die Papiermark gleichermäßen fällt, wie der Goldwert steigt, hätte sich auch der effektive Wert seines Lagers auf den 40. Teil vermindert, was wohl in den meisten Fällen den Ruin des betreffenden Geschäftsmannes bedeuten dürfte.

Dieses Beispiel ließe sich in mehr oder weniger krasser Form auch auf alle anderen Branchen anwenden und selbst der wirtschaftlich Unerfahrene wird daraus ohne weiteres zu erkennen vermögen, daß kein Einzelhändler in der Lage wäre, sein Geschäft fortzuführen, würde ihm nicht die Möglichkeit der Anpassung der Verkaufspreise an die jeweilige Marktlage offen. Schließlich hat der Einzelhandel doch auch das unangenehme Risiko zu tragen, beim Sinken der Marktpreise auf seiner teuer eingekauften Ware festzulegen, ein Risiko, das im Frühjahr dieses Jahres der Mehrzahl der Einzelhändler sehr teuer zu stehen gekommen ist. Ueber jene Millionenerluste hat sein Ministerium und kein Staatsanwalt auch nur ein Wort verloren, man hat sie als selbstverständlich betrachtet.

Es läge nahe, im Rahmen dieser Zeilen noch kurz auf einzelne schwarze Punkte unseres Wirtschaftslebens hinzuweisen, die neben der Geldentwertung mit der derzeitigen Teuerung in nahem ursächlichen Zusammenhang stehen, wir wollen hier von aber heute absehen und es bei der eigenen Rechtfertigung bewenden lassen. Möchte man doch in den Kreisen der Verbraucher endlich einsehen, daß der Einzelhandel jede Preissteigerung am allermeisten bedauern muß, da er als das letzte Glied in der Kette zwischen Rohware und Verbraucher stets den härtesten Anprall auszubekommen hat und viel weniger in der Lage ist, einen solchen Ausgleich herbeizuführen, wie dies z. B. die Händler im stehenden Großhandel und die Fabrikanten zu tun vermögen. Bei der Abhängigkeit des Einzelhändlers von einem möglichst großen Umsatz und bei der Wechselwirkung, die zwischen Umtrieb und Preisgestaltung besteht, wäre es überdies geradezu sinnlos, wenn der Einzelhändler nicht den größtmöglichen Umsatz würde, um die Preise auf einem Niveau zu halten, das auch der Allgemeinheit den Einkauf gestattet.

Je mehr diese Erkenntnis in alle Kreise eindringt, umso besser wird zweifellos das Verhältnis zwischen den Verbrauchertreuen und dem Einzelhandel wieder werden. Ein wirkliches Vertrauensverhältnis zwischen diesen beiden ganz auf einander angewiesenen Volksschichten wird zum Nutzen beider dienen und es ist deshalb geradezu ein Verbrechen an der Allgemeinheit, wenn immer wieder verflucht wird, eine Kluft zwischen Verbrauchern und Einzelhandel künstlich herbeizuführen.“

† Sparkasse Fahr. Im Monat Oktober 1921 betrugen bei der Sparkasse Fahr die Einlagen in 4952 Posten 11 349 500 M. (Oktober 1920 in 2002 Posten 5 783 597 M.), die Rückzahlungen in 2927 Posten 11 357 185 M. (Oktober 1920 in 2557 Posten 5 053 226 M.). Im Scheckverkehr wurden auf 877 Schecks 1 831 758 M. bezahlt (1920 auf 634 Schecks 737 809 M.). Die Kapitalanlagen beliefen sich auf 2 392 630 M. (1920 5 727 807 M.), der Kapitalinschneigung war in 778 Posten 296 031 M. (1920 in 900 Posten 655 392 M.). Der Umsatz belief sich auf 51 825 006 M. (1920: 37 329 669 M.).

Frankfurter Abendbeisen vom 2. November. Brüssel 1400, Soland 6600, London 760, Paris 1425, Schweiz 3580, Italien —, New-York 194. Tendenz fest.

Vom Valutamarkt. (Schlussnotierungen.)

New-York, 2. Nov. Wechsel auf:

Paris	111, 112	Schweiz	1845, 1850	Italien	403, 404
Brüssel	716, 718	London	891, 892 1/2	Deutschland	55, 56
		Spanien	1333, 1340	Holland	34, 34 1/2

Paris, 2. Nov. Wechsel auf:

Deutschland	7 3/4	Wien	1379, 1389 50	Holland	469, 464 75
Bukarest	8, 8 1/2	New-York	97 75, 97	Italien	54, 55
Frag	—	London	84 75, 83 1/2	Schweiz	283, 282 25

Kopenhagen, 2. Nov. Wechsel auf:

London	21, 20	Antwerpen	39 75, 38 50	Stockholm	123, 123 50
New-York	543, 543	Zürich	100, 100 50	Kristiania	73, 74 50
Hamburg	3, 20	Amsterdam	185, 185 25	Helsingfors	925, 915

Amsterdam, 2. Nov. Wechsel auf:

London	111, 111	Wien	013, 013	Brüssel	321, 321 1/2
Paris	161, 161	Kopenhagen	55, 55	Italien	11, 11 75
Schweiz	54, 54	New-York	283, 283		

Stockholm, 2. Nov. Sichtwechsel auf:

London	11, 11	Brüssel	82, 82	Kopenhagen	82, 82
Berlin	280, 280	schweiz	83 75, 83 75	Kristiania	69, 69
Paris	32, 32	Plätze	80 75, 80 75	Washington	440, 440

Kristiania, 2. Nov. Sichtwechsel auf:

London	111, 111	New-York	749, 729	Antwerpen	63, 63
Hamburg	4, 25	Amsterdam	351, 349	Stockholm	170, 167
Paris	64, 64	Zürich	137, 135	Kopenhagen	—, 136

Wien, 2. Nov. Wechsel auf:

Amsterdam	31, 31	London	173, 179	Lire-Noten	171, 165
Berlin	29, 29	Paris	320, 326	Jugosl. Noten	56, 55
Kopenhagen	637, 637	Zürich	804, 795	Tschechosl. Noten	41, 41

Berliner Metallpreise vom 2. November.

Elektrolytkupfer	5648	Banks-Zinn	12 600—12 100
Raffinadepkupfer	4350—4450	Straits-Zinn	—
Hüttenweicheblei	1750—1800	Anstral-Zinn	—
Hüttenrohblei	1875—2000	Hütten-Zinn	11800—11600
remelted Platten-Zinn	1575—1675	Reinblei	8100—8800
Hütten-Aluminium	7400—7600	Antimon	1875—1900
Aluminium in Wals- oder Drahtbarren	7600—7800	Silber in Barren	3875—3400

Hamburger Metallpreise vom 2. November.

Silber ca. 100 fein	3450	Brief	3400/50	Weichblei, raffiniert	1750—1850
per 1. Monat	3425	3475	3400/50	Ranca Zinn	116—121
per 2. Monat	3425	3475	3425	Zinn Dtsch-Minim. 99%	—
per 3. Monat	3450	3475	—	Kupfer großblei	50—51 50
Zinkhütten prompt	1850—2000	—	—	raffiniert	44, 45
per 1. Monat	1850—2000	—	—	Wirebars	57—58
per 2. Monat	1875—2000	—	—	Quecksilber	—
per 3. Monat	1875—2000	—	—	Antimon	—
Zinn geschmolzen	1575—1625	—	—	Nickel	—
Weichblei ab Lager	1800—1875	—	—	Aluminium	—
ab Hütte	1800—1875	—	—	—	—

Londoner Metallpreise vom 2. November.

Kupfer per Kasse	67	Blei niedrigster Preis	23 1/2
per 3 Monate	67 50	höchster Preis	23 1/2
Elektrolyt	75—75 50	Aluminium	120—125
Best Selectet	67—69	Zinn niedrigster Preis	28
strong Hoets	103	höchster Preis	28 1/2
Zinn per Kasse	155 1/2	Silber A	39 1/2—40 1/2
per 3 Monate	157 1/2	Antimon	89
Weichblei	—	—	—

Guldenering
Haus Neuerburg
Frier 1 Mk
Zigaretten

